

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Michael Müller MdB zu Ursachen und Konsequenzen der Umweltzerstörung: Die Klimakatastrophe (Teil I).

Seite 1

Dgmar Luuk MdB zur politischen Entwicklung in Athen: Bewährungsprobe für die griechische Demokratie. (Teil I)

Seite 5

44. Jahrgang / 144

31. Juli 1989

Die Klimakatastrophe (Teil I)

Zu Ursachen und Konsequenzen der Umweltzerstörung

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“

1.

Die Menschheit des Industriezeitalters hat in nur 150 Jahren mehr Schäden an der Natur angerichtet als über Tausende von Jahren zuvor. Und dabei lebt heute nicht einmal ein Viertel der Weltbevölkerung in entwickelten Industriestaaten. Die Gefahr einer weltweiten Klimakatastrophe ist die bisher größte Herausforderung dieser neuzeitlichen Ausbeutungsgeschichte der Natur. Der Mensch des 20. Jahrhunderts ist zur stärksten, aber auch gefährlichsten Einflußgröße für das ökologische Gleichgewicht der Erde geworden. Besonders deutlich zeigen sich diese Auswirkungen seit Beginn der 80er Jahren. Diese Dekade ist wie keine Etappe zuvor zu einem Jahrzehnt der Umweltzerstörung geworden, ohne Rücksicht auf territoriale Grenzen und politische Systeme. Die Umwelt hat aber nicht nur globale Ausmaße, sondern auch eine neue qualitative Dimension angenommen. Die Stichworte hierbei lauten: weltweites Waldsterben, Ozonabbau und - als die vielleicht größte Herausforderung - die Gefahr einer Klimakatastrophe.

Die Bedeutung großer klimatischer Verschiebungen zeigt eine historische Einordnung dieser Vorgänge. Wetter und Klima waren stets auch wichtige Faktoren in der Menschheitsgeschichte, Verschlechterungen eine treibende Kraft für Völkerwanderungen und soziale Konflikte. Manche historischen Ereignisse werden erst in diesem Zusammenhang verständlich.

Die Klimageschichte der vergangenen ein Million Jahre ist durch einen mehrfachen Wechsel zwischen Warm- und Eiszeiten gekennzeichnet. Nur wenige Grad Celsius liegen zwischen kalten und heißen, zwischen feuchten und trockenen Klimaperioden - zwischen dem Polarklima einer Eiszeit und den Mittelmeertemperaturen eines Klimaoptimums. Die globale Temperatur schwankte über diesen langen Zeitraum nur zwischen 10 Grad und elf Grad Celsius auf den Höhepunkten der Eiszeit und zwischen 14 Grad und 16 Grad Celsius als Spitzenwerten der Warmzeiten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
mit wertvoller Rohstoff  
Recycling-Papier



Diese Schwankungen hatten in der früheren Klimageschichte nahezu ausschließlich natürliche Ursachen, wie Veränderungen der Erdumlaufbahn, in der Kontinentaldrift (Veränderungen in der Land-See-Verteilung) oder die vulkanischen oder solaren Aktivitäten. Das Geschichtsbuch des Klimas ist uns heute bekannt. Es läßt sich durch die Bestimmung eines spezifischen Isotopenverhältnisses in Eisschichten oder Tiefseesedimenten lesen. Hieraus ergeben sich - ähnlich wie aus den Jahresringen der Bäume - Rückschlüsse auf die jeweilige atmosphärische Zusammensetzung und das jeweilige Temperaturniveau.

Um etwa 8000 vor Christus begann die Warmzeit, sie erreichte etwa 5000 Jahre vor Christus ihr bisheriges Optimum. Damals entwickelten sich erste Hochkulturen der Menschheit, wie zum Beispiel die Induskultur. In einem feucht-warmen Klima blühte in der Sahara ein Blumenmeer. Die Menschen der Mittelmeerregionen lebten im Überfluß. Davon zeugen noch heute zahlreiche Überlieferungen und Felsgemälde, die in dieser Zeit entstanden sind. Im Alten Testament wird diese Zeit als Paradies festgehalten.

Um 3500 vor Beginn der modernen Zeitrechnung begann die Austrocknung der Sahara und nord-west-indischer Gebiete. In wichtigen Regionen des Altertums veränderten sich die Lebensräume, Trockenheit breitete sich in der Sahara und am Indus aus. Mißernten bedrohten eine schnellwachsende Bevölkerung. Die Nomadenströme zogen an die großen Flüsse, wo am Nil oder am Gelben Fluß Uferbewohner bereits organisierte Gesellschaften gegründet hatten. Faktisch begann damit das weltweite Flüchtlingsproblem, das nicht zuletzt aufgrund der Veränderungen klimatischer Faktoren (Stichwort: Umweltflüchtlinge) bis heute nicht an Brisanz verloren hat.

Klimatische Gründe waren sicherlich auch eine Ursache für die großen Völkerwanderungen im 4. bis 6. Jahrhundert, als die Germanen nach Süd-Rußland, auf den Balkan und in den Mittelmeerraum zogen. Und sicherlich waren wiederum klimatische Gründe beteiligt, daß diese Wanderung im 6. Jahrhundert zum Stillstand kam. Zwischen 600 bis 1300 herrschte in Europa ein angenehmes Klima. Die Wikinger begannen mit der Besiedlung Islands und der Ostküste Grönlands. In Schottland und an den Hängen des Harzes wurde Wein angebaut. Gute Ernten ermöglichten einen großen Reichtum. In weniger als 500 Jahren verfünffachte sich die Bevölkerung in Mitteleuropa. Dichtung, Malerei und Baukunst erlebten in dieser Zeit eine Hochphase.

Die „Kleine Eiszeit“ zwischen dem 14. Jahrhundert und etwa dem Jahr 1850 änderte wiederum die Lebensbedingungen erheblich. Die Ernten wurden schlechter, das Geld ging aus. Europa erlebte große Hungersnöte und Epidemien. Die Bevölkerung ging in vielen Regionen stark zurück. Die veränderten klimatischen Faktoren verschärften die Existenzbedingungen vieler Menschen und förderten damit auch das Entstehen eines revolutionären Potentials. 1789, dem Jahr der Französischen Revolution, zogen verarmte und unterernährte Bauern durch Frankreichs Regionen, nachdem ein harter Winter zu Mißernten und Viehsterben durch Schneeschimmel geführt hatte.

Seit 1850 steigt die Temperatur an der Erdoberfläche wieder an. Dies ist in etwa auch die Zeit der industriellen Revolution. Seitdem nehmen die Eingriffe des Menschen in die Umwelt einen immer größeren Umfang an, parallel dazu beschleunigt sich auch der Temperaturanstieg. Ein maßlos gesteigertes Wirtschaftswachstum setzt immer größer Mengen an Schadstoffen frei. Waren es beispielsweise vor rund 100 Jahren 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid, die durch menschliche Aktivitäten emittiert worden waren, lag die Emissionshöhe 1986 bereits bei über 20 Milliarden Tonnen. An einem Tage verbraucht die Menschheit heute mehr Erdöl, Erdgas und Kohle, als in 100 Jahren gewachsen. Die Zahl der Automobile hat sich in den letzten 20 Jahren weltweit nahezu verdreifacht. Literaturmäßig sind rund vier Millionen chemische Stoffe erfaßt, jährlich kommen circa 40.000 hinzu. Allein das Altstoffinventar der EG umfaßt über 100.000 Stoffe, nur von einem Bruchteil ist die Wirkung auf die Umwelt bekannt.

Der Raubbau an der Natur ist maßlos: Um 2000 vor Christus waren zum Beispiel die gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel noch zu rund 90 Prozent bewaldet, heute ist es gerade ein Viertel. Der jährliche Verlust an Regenwald beläuft sich auf rund 20 Millionen Hektar, die Ausbreitung der Wüsten auf sechs Millionen Hektar. Von der ursprünglichen Bewaldung der Erde sind nur noch 62 Prozent vorhanden.

Durch die Vergiftung der Atmosphäre und dem anhaltenden Raubbau an der Natur wird die Erde zu einem einzigen und gewaltigen Experimentierfeld. Das geht - direkt oder indirekt - in erster Linie auf das Konto der entwickelten Industrieländer. Sie verbrauchen mit einem Viertel der Weltbevölkerung mehr als dreimal so viel Energie und Rohstoffe wie die anderen drei Viertel der Menschheit zusammen. Deshalb ist nicht das Bevölkerungswachstum die Hauptursache der Umweltzerstörung, denn für die Mehrheit der Probleme ist der Teil der Welt verantwortlich, in dem das Bevölkerungswachstum stagniert. Die Gewichte sind ungleich verteilt: Ein Bewohner der USA zum Beispiel verbraucht 32mal mehr Energie als ein Einwohner Indiens. Der Primärenergie-Verbrauch liegt in der Bundesrepublik pro Kopf dreimal höher als im Weltdurchschnitt. Mit anderen Worten: Es sind wenige Länder, die gewaltige ökologische Altlasten aufgebaut haben.

## II.

Daß die industrielle Luftverschmutzung negative Folgen für Mensch und Natur hat, ist seit mehr als 100 Jahren dokumentiert. So zum Beispiel durch die Studien der Königlich Sächsischen Forstakademie von Tharandt aus dem Jahre 1853 über den Einfluß erhöhter Schwefelkonzentrationen auf das Pflanzenwachstum. Damals traten in unmittelbarer Nähe von Kraftwerken, Eisenhütten und Betrieben der keramischen Industrie Waldschäden auf. Wenig später wurden noch weitere giftige Schadgase identifiziert. Welche Dimension der Mißbrauch des Himmels als Müllkippe hat, wird seit den 80er Jahren, dem Jahrzehnt globaler Umweltzerstörungen, in der vollen Tragweite deutlich:

- 0 Die Waldschadenserhebungen seit Beginn der 80er Jahre alarmieren, daß der Wald großflächig stirbt. Altbekannte Schadgase und neue ökosystemare Wirkungsketten (die sogenannten neuartigen Waldschäden) schädigen großflächig die Wälder, verschlechtern die Nährstoffqualität der Böden und vermindern die Widerstandskraft der Pflanzen. Sorge macht vor allem, daß sich insgesamt die biologische Qualität der Bäume verschlechtert. Dabei sind nicht nur Nadelbäume betroffen, zunehmend erkranken alle Baumarten.

Jedes europäische Land registriert Waldsterben. Unter einer Marge von zehn Prozent liegt allein Irland. Europäischer Spitzenreiter ist zur Zeit Dänemark mit über 60 Prozent Schadensrate. Zunehmend ist auch die Dritte Welt betroffen. So werden zum Beispiel großflächige Schäden selbst in dem Waldgebiet zwischen Laos, Vietnam und China registriert, das als unerreichbar für Schadgase galt. Besondere Bedeutung bei der Luftverschmutzung hat der zunehmende Anstieg von Stickoxiden. Die Kombination unterschiedlicher Schadgase verstärkt in vielen Bereichen die Wirkungen.

- 0 Seit Ende der 70er Jahre stellt die Wissenschaft eine zunehmende Ausdünnung des lebensschützenden Ozonmantels in der Stratosphäre fest. 1985 dokumentierten erstmals englische Forscher der antarktischen Halley-Bay-Station das Auftreten eines Ozonlochs im südpolaren Frühling. Gegenüber dem Jahr 1979 hatte sich die Ozonsäule nach der Polarnacht um 40 Prozent verringert. Kein wissenschaftliches Simulationsmodell hatte einen derartigen Zusammenbruch der Luftchemie vorhergesagt.

Der Ozonabbau schreitet weltweit voran:

- 0 In der oberen Stratosphäre hat bei etwa 30 Kilometer Höhe die Ozonkonzentration seit 1979 global um drei bis neun Prozent abgenommen. Zugleich sank im selben Zeitraum die Temperatur in diesem Höhenbereich um etwa 1,7 Grad Celsius.
- 0 Seit 1979 ist die Ozonsäulendichte für alle geographischen Breiten südlich von etwa 60 Grad Süd um fünf Prozent und mehr gesunken.
- 0 Die Ozonsäulendichte der Nordhemisphäre hat 1969 und 1986 um 1,7 bis drei Prozent abgenommen. Gemittelt über die Wintermonate betrug die Abnahme zwischen 2,3 und 6,2 Prozent.
- 0 Diese Zahlen berücksichtigten bereits die natürlichen Schwankungen in der Ozonkonzentration.

Besonders spektakulär ist das Auftreten des antarktischen Ozonlochs im südpolaren Frühling (September/Oktober). Die Wissenschaftler konnten sich diesen Zusammenbruch nicht erklären und befürchteten einen Meßfehler. Menschliche Einflüsse wollten sie anfangs ausschließen, gilt die Antarktis doch als eine unberührte Zone. Das Ozonloch erreichte am 5. Oktober 1987 erstmals einen traurigen Rekord: Es erstreckte sich praktisch über den gesamten Umfang der antarktischen Landmasse. Im Zentrum der Zerstörung betrug die Konzentration nur noch 125 Dobson-Einheiten statt der üblichen 300, insgesamt fehlten im Schnitt mehr als 50 Prozent. In Höhenbereichen um 20 Kilometer wurden sogar Ozonverluste bis zu 95 Prozent gemessen.

Robert Watson, Atmosphärenforscher der NASA und Initiator der UN-Meßexpedition faßte das Ergebnis zusammen: „Das Ozonloch über der Antarktis wird immer größer. Allein 1987 hat der Ozongehalt um zehn Prozent abgenommen und betrug nur noch die Hälfte des 1979 gemessenen Wertes. Zugleich dehnt sich die Fläche der Ozonausdünnung weiter aus.“ Watson befürchtet, daß nach 1991 mit dem Ende einer erhöhten Sonnenaktivität die Ozonhülle sogar noch weit größeren Schaden nehmen könnte als je zuvor. Es wäre ein Loch, das nicht mehr zu stopfen ist.

Die Wissenschaftler lieferten mit ihrem Forschungsprogramm den Nachweis, daß der Abbau der Ozonsäulendichte von chemischen Prozessen verursacht ist. Vor allem Halogene, besonders Verbindungen von Chlor und Brom, zerstören in einer Reihe von komplizierten Reaktionen das stratosphärische Ozon. Die Schadstoffe steigen über zehn bis 15 Jahre langsam in diese Luftschichten auf. Dies heißt mit anderen Worten: Die heutigen Chloremissionen sind die Schädigungen von „morgen“. Sie haben zudem eine lange Lebensdauer, so daß ein Zeitraum von mindestens 100 Jahren vergeht, bis die Ozonschicht wieder saniert ist. Auch in der Arktis werden zwischenzeitlich trichterförmige Ozonausdünnungen festgestellt, besonders über Spitzbergen.

Mit dem Ozon verliert die Erde ihren Schutzmantel. Dadurch dringt ein höherer Teil Ultraviolett-Strahlen der Sonne auf den Erdboden durch und schädigt Lebewesen. Alarmierend sind insbesondere die Meldungen über den Anstieg der Hautkrebsarten in Neuseeland und Australien. In beiden Ländern wird in der Zwischenzeit der Bevölkerung empfohlen, in der sommerlichen Mittagszeit das freie Licht zu meiden. Noch größere Schädigungen sind für die Ökosysteme der Meere zu erwarten. Mit großer Sorge wird beobachtet, daß durch einen erhöhten UV-Eintrag die Photosyntheseleistung des Planktons nachläßt. Auch viele Kulturpflanzen sind gefährdet. Untersuchungsreihen der wichtigsten Nahrungsträger haben ergeben, daß ihre Fruchtbarkeit bei einem erhöhten UV-Streß stark nachläßt.

0 Erstmals 1985 warnte die Weltklimakonferenz in Villach („World Climate Programme“) davor, daß „in Folge der steigenden Konzentration von Treibhausgasen in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur eintreten könne. Und zwar in einem Ausmaß, das es noch nie in der Geschichte der Menschheit gegeben hat“.

Die Klimakonferenzen 1987 und 1988 konkretisierten diese Prognose. Gegenüber dem vorindustriellen Wert heizte sich die Temperatur bereits um 0,7 Grad Celsius auf, mit einer steigenden Tendenz in den letzten 30 Jahren. Nach den Berechnungen kann für die nächsten 100 Jahre eine Erderwärmung von insgesamt sechs Grad Celsius nicht ausgeschlossen werden. Dies unter den Rahmenbedingungen, daß das Klimasystem wie bisher reagiert. Das heißt vor allem, daß die Meeressysteme auch weiterhin mindestens 50 Prozent der zusätzlichen Kohlendioxid-Emissionen speichern. Die gefährliche Grenze, an der das Klimageschehen „außer Kontrolle“ geraten kann, liegt bei einem Anstieg um schätzungsweise 1,5 Grad Celsius.

Die Aufheizung der Erdatmosphäre wird landläufig als „Treibhauseffekt“ bezeichnet, obwohl ohne den natürlichen Treibhauseffekt Leben auf der Erde nicht möglich ist. Durch die natürliche Zusammensetzung der Atmosphäre wird die Temperatur an der Erdoberfläche um ungefähr 33 Grad Celsius erwärmt. Der zusätzliche Treibhauseffekt verursacht nun Veränderungen in der chemischen Zusammensetzung, Dynamik und Strahlenbilanz sowie im Energiehaushalt der Troposphäre. Die sogenannten Atmosphärenfenster, die die natürlichen Treibhausgase passieren lassen, werden durch diesen zusätzlichen Effekt geschlossen. Dadurch staut sich die Wärme in der Troposphäre, die Erde gerät gleichsam in eine Hitzefalle.

Diese drei großen Problembereiche der Luftverschmutzung dürfen nicht isoliert gesehen werden. Sie sind zum Teil von den Ursachen und Quellen, auf jeden Fall in den Auswirkungen eng miteinander verknüpft. Fehlentwicklungen in dem einen Bereich verstärken Störungen in den anderen und umgekehrt. Verschieben sich beispielsweise die Klimazonen, so kann sich das Waldsterben in unseren Regionen erheblich beschleunigen. Dies wiederum würde zu einem weiteren Anstieg des Treibhauseffektes beitragen. Oder: Hält der Abbau der Ozonschicht an, so kann sich rasch die Photosyntheseleistung des Meeresplanktons verschlechtern. Dies wiederum hat unter Umständen Einfluß auf die thermische Speicherkapazität des Ozeans. Von daher sind Waldsterben, Ozonabbau und Erderwärmung ein Teufelskreis, der immer enger wird. (-/31.7.1989/vo-he/rs)

Diese Gedanken trug der Autor kürzlich dem Gesprächskreis Politik und Wissenschaft des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung vor.

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

\* \* \*

## Bewährungsprobe für die griechische Demokratie (Teil I)

## Zur politischen Entwicklung in Athen

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

15 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur steht die griechische Demokratie wieder einmal vor einer Bewährungsprobe. Auch diesmal gilt es, die Stabilität der Demokratie unter Beweis zu stellen, und dies in einer überaus komplizierten innenpolitischen Ausgangslage. Konservative und Kommunisten, die sich zu einem „historischen Bündnis“ zusammengefunden haben, bilden eine auf drei Monate befristete Übergangsregierung. Einzige Funktion dieses geradezu sensationellen Bündnisses ist es, die „Katharsis“, die politische Selbstreinigung, in die Wege zu leiten. Es geht darum, die rechtlichen Voraussetzungen zur Aufklärung jener Finanz- und Wirtschaftsskandale zu schaffen, welche die nach knapp achtjähriger Regierungszeit marode gewordene Panhellenische Sozialistische Bewegung Andreas Papandreous bei den Wahlen am 18. Juni aus der politischen Verantwortung katapultiert haben.

Fest steht: die Bewältigung dieser Skandale dürfte die Justiz in Griechenland auf Jahre beschäftigen und nicht ohne Folgen für die Parteienstruktur des Landes bleiben. Die bereits im Oktober anstehenden Parlamentswahlen sind nur eine Zwischentappe auf diesem Weg. Und dennoch: Befürchtungen über die Stabilität der Demokratie Griechenlands sind nicht angebracht; die demokratische Ordnung in Hellas hat in jenen 15 Jahren seit dem Ende der Militärdiktatur ihre Funktionsfähigkeit überzeugend unter Beweis gestellt: die Bindungen an die westlichen Demokratien sind gestärkt, die Integration in die NATO vollzogen, der demokratische Wechsel in der Regierungsverantwortung trotz aller Emotionen praktiziert.

Jenes „historische Bündnis“ zwischen der konservativen „Neuen Demokratie“ und den Kommunisten, die nach den Wahlen vom 18. Juni das Übergangskabinett unter Tsannis Tsannetakis gebildet haben, kann als Beleg gewachsener Stabilität der Demokratie Griechenlands gelten. Seit Ende der Militärdiktatur hat Athen mehrfach erfolgreich den demokratischen Wechsel vollzogen: einer siebenjährigen Regierungszeit der Konservativen war die knapp achtjährige Amtszeit der PASOK gefolgt, wenn auch mit einem ruhmlosen Ende Papandreous. Das Wahlergebnis vom 18. Juni hätte - rein numerisch gesehen - auch eine linke Regierungsmehrheit von Sozialisten und Kommunisten ermöglicht, die von der PASOK jedoch geduldeten und in weiten Bereichen mitverursachten Affären haben indessen eine solche Koalition ausgeschlossen.

40 Jahre nach dem blutigen Bürgerkrieg in Griechenland bilden nun die einstigen erbitterten Gegner, Konservative und Kommunisten, jenes im Interesse der politischen Kultur des Landes unabdingbare „historische Bündnis“ - eine Koalition, deren Gemeinsamkeiten sich im Streben nach der „Katharsis“ auch bereits erschöpfen. Dennoch: daß die einstigen Bürgerkriegsgegner dieses Bündnis eingegangen sind, daß die bis 1974 verbotenen Kommunisten sich jetzt gemeinsam mit den Konservativen der Aufgabe unterziehen, den von der PASOK hinterlassenen Augias-Stall auszumisten, bedeutet mehr als den Abschluß der politischen Rehabilitierung der griechischen Kommunisten. Wird die Selbstreinigung in der Administration Griechenlands überzeugend vollzogen, ist die „Katharsis“ also erfolgreich, so kann dies auch Veränderungen für das Parteiengefüge des Landes bedeuten. Ein Risiko in erster Linie für die PASOK im Zuge des nun anstehenden Säuberungsprozesses.

Die griechischen Sozialisten haben am 18. Juni die vor acht Jahren erkämpfte Mehrheit verloren und die Regierungs- mit der Oppositionsbank vertauscht; das Votum des Wählers aber, das der PASOK immerhin noch 39 Prozent der Stimmen bescherte, war gnädiger als befürchtet. Das muß indessen so nicht bleiben, die PASOK hat den Schritt in die politische Leichtgewichtigkeit vielleicht noch vor sich. Das Parlament in Athen nämlich hat sich, einen Monat nach den Wahlen, mit großer Mehrheit für Ermittlungen gegen eine Reihe ehemaliger Minister der PASOK ausgesprochen und einen Ausschuß eingesetzt, der eine mögliche Verwicklung Papandreous in die Finanzaffäre Koskotas aufzudecken, der seine „Bank von Kreta“ dank tätiger Mithilfe verschiedener Ministerien auf Sand gesetzt, dabei Schulden von rund 240 Millionen Dollar hinterlassen, einige Würdenträger der PASOK kräftig geschmiert und die Sozialisten damit in Mißkredit gebracht hat.

Papandreou, einige Exminister und der ehemalige Papandreou-Stellvertreter beanspruchen jetzt das Interesse des Untersuchungsausschusses, eine Reihe von PASOK-Parteigängern aus dem Bereich der halbstaatlichen Institutionen sitzt bereits in Untersuchungshaft. Damit aber nicht genug. Die Koskotas-Affäre ist nur einer jener Skandale aus der Spätphase der PASOK-Regierung: derzeit wird auch gegen den ehemaligen stellvertretenden Wirtschaftsminister ermittelt, der in ein illegales Weizengeschäft verwickelt war. Der Abschluß dieses Deals hat erhebliche Gewinne erbracht, nach deren Verbleib derzeit die Justiz noch forscht.

Das Ende der Ära Papandreou wird überdeckt von einer Fülle von Skandalen und Affären, die den für die landesüblichen Verhältnisse Griechenlands gewohnten Rahmen sprengen. „Allaghi“ - „das Volk will den Wechsel, PASOK wird ihn bringen“, mit diesem Motto war Papandreou vor acht Jahren angetreten. Einige Jahre lang ist er diesem Anspruch durchaus gerecht geworden. Bis die Korruption auch nach der PASOK griff.

Die Tragik des Andreas Papandreou liegt darin, daß er, vertrauend auf das Charisma früherer Tage, allmählich in Bezug zur politischen Realität eingebüßt hat. Der ehemals starke Mann an der Spitze der PASOK war, durch eine schwere Krankheit geschwächt und durch eine schlagzeilenträchtige Liaison dem Gespött seiner Landsleute ausgeliefert, ausgerechnet zu jenem Zeitpunkt wie gelähmt, als entschlossenes Handeln geboten war. Die Handlungsunfähigkeit Papandreous, die sich schließlich in fruchtlosem Taktieren erschöpfte, hat die PASOK in der Spätphase ihrer Regierungszeit geradezu paralytisiert und erhebliche innerparteiliche Spannungen verursacht. Und dennoch: der ruhmlose politische Abgang Papandreous, denn niemand erwartet ein Comeback des PASOK-Führers, wird der politischen Leistung der griechischen Sozialisten während der zurückliegenden Jahre nicht gerecht.

Papandreou nämlich hatte sich, bis zu seiner Krankheit im Sommer letzten Jahres, als ein mit allen taktischen Finessen handelnder Pragmatiker erwiesen, der die Spielräume seiner Macht voll ausschöpfte und die donnernde Wahlkampfretorik den politischen Erfordernissen des Landes stets untergeordnet hatte. Papandreou hat - ganz entgegen seinen Wahlkampfparolen - weder den Austritt Griechenlands aus der NATO vollzogen noch hat er die Europäische Gemeinschaft verlassen. Ganz im Gegenteil: Griechenlands Einbeziehung in die NATO ist in der Ära Papandreou durchaus kalkulierbar geblieben.

Nicht nur das. Papandreou hat Hindernisse beseitigt, welche die Stabilität an der Südostflanke der NATO erheblich gefestigt haben, hat er doch das Verhältnis Griechenlands zur Türkei in erheblichem Maße entemotionalisiert und den politischen Dialog mit seinem türkischen Amtskollegen Özal eröffnet; dies alles gegen den wütenden Widerstand der damaligen konservativen Opposition, die, bekannte Töne, den „Ausverkauf des Vaterlands“ argwöhnte. Die Rede ist vom Zypern-Konflikt, der jahrzehntelang aufloderte, jederzeit für politische Krisen in Athen wie Ankara gut war, der die NATO in Mitleidenschaft zog und Dauerthema bei den Vereinten Nationen war.

(-/31.7.1989/vo-he/rs)

(Teil II und Schluß folgt in unserer nächsten Ausgabe)

\* \* \*